

Pressekonferenz am 11.05.2021, 10.00 Uhr, Stuttgart

**Vorstellung der forsa-Repräsentativbefragung**

**„Gewalt gegen Lehrkräfte im Zusammenhang mit der Durchsetzung von Corona-Schutzmaßnahmen an der Schule“**

im Auftrag des VBE Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit dem VBE Bund.

Sprechzettel von Gerhard Brand

Landesvorsitzender VBE

- Es gilt das gesprochene Wort. -

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist noch keine zwei Wochen her, da kritisierten über 50 deutsche Schauspielerinnen, Schauspieler und Regisseure unter dem Hashtag #allesdichtmachen die Corona-Politik und die Corona-Schutzmaßnahmen der Regierung. Es folgte ein öffentlicher Shitstorm, der es in sich hatte, teils mit scharfer Kritik gegen die teilnehmenden Künstlerinnen und Künstler. Die Kritiker warfen der Kampagne vor, die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie zu verhöhnen.

Auf der anderen Seite gab es aber auch starken Zuspruch für die Protestkampagne. Beifall klatschten nicht zuletzt die sogenannten Querdenker. Eine Bewegung, die auch in Stuttgart fast wöchentlich zu Tausenden auf die Straße geht, um gegen die Corona-Politik der Regierung zu demonstrieren. Corona-Schutzmaßnahmen wie Maskentragen und Abstandhalten werden bei diesen Demonstrationen gerne absichtlich ignoriert und Journalisten auch schon mal mit Steinen beworfen.

Die Vorgänge zeigen uns, dass die Corona-Krise tiefe Risse in unsere Gesellschaft zieht. Nach über einem Jahr im Krisenmodus haben auch im Schulbetrieb die Spannungen spürbar zugenommen. Ein Teil der Elternschaft lehnt die schulischen Schutzmaßnahmen gegen das Corona-Virus ganz entschieden ab. Die Erziehungspartnerschaft zwischen Eltern und Lehrkräften bröckelt, das gegenseitige Verständnis geht zurück.

In den vergangenen Jahren konnte der VBE mit seinen repräsentativen Umfragen zur Gewalt gegen Lehrkräfte aufdecken, dass es im Schulalltag regelmäßig zu psychischen und

körperlichen Übergriffen auf Lehrerinnen und Lehrern kommt. Wir wollten nun wissen, ob es an den Schulen auch bei der Durchsetzung der Corona-Schutzmaßnahmen zu Übergriffen gekommen ist. Ein Wort zur Fragestellung: In unseren vorhergehenden Befragungen hatten wir stets einen Zeitraum von fünf Jahren betrachten lassen. Wenn wir jetzt explizit Gewaltvorfälle im Zusammenhang mit der Umsetzung von Corona-Schutzmaßnahmen abfragen, können dies maximal ein Jahr alte Fälle sein.

Für die aktuelle Studie hat der VBE das Forschungsinstitut forsa beauftragt, im Zeitraum vom 27. April bis zum 5. Mai eine repräsentative landesweite und bundesweite Befragung durchzuführen. Im Rahmen der Untersuchung wurden insgesamt 1.500 Lehrerinnen und Lehrer allgemeinbildender Schulen in Deutschland befragt, darunter 200 in Baden-Württemberg. Ich werde Ihnen nachfolgend die Ergebnisse für Baden-Württemberg vorstellen, die sich allerdings weitgehend mit den Bundesergebnissen decken.

### Die größten Probleme an der Schule

Noch vor der Abfrage der Gewaltvorfälle haben wir die Lehrerinnen und Lehrer zunächst offen und ohne jede Vorgabe gebeten, die drei derzeit größten Probleme an ihrer Schule zu benennen.

Als **aktuell größte Herausforderung** nennen die Befragten **die Organisation des Schulalltags unter Corona-Bedingungen**.

Jede vierte Lehrkraft beklagt die fehlende Planbarkeit und die ständigen kurzfristigen Politikwechsel in Bezug auf Unterrichtsformen und Corona-Regeln.

Weitere Probleme, die Lehrkräfte in diesem Zusammenhang anführen, sind

- die hohe Arbeitsbelastung durch Organisation und Durchführung mehrerer Unterrichtsformen,
- die hohe Arbeitsbelastung allgemein,
- der Lehrermangel,
- die Umsetzung der Corona-Schutzmaßnahmen,
- die Einmischung und Beschwerden von Eltern sowie
- Konflikte wegen der Umsetzung der Corona-Maßnahmen.

Die Umfrageergebnisse bestätigen, was wir als Verband tagtäglich an Rückmeldungen aus den Schulen erhalten: Viele Kolleginnen und Kollegen können nicht mehr. Die Belastungen durch das ständige Umorganisieren sind gewaltig. Die Lehrkräfte pendeln seit nunmehr fast 14 Monaten zwischen Präsenzunterricht, Digitalunterricht, Wechselunterricht und Notbetreuung. Gleichzeitig müssen sie die aufwendigen Hygienemaßnahmen an den Schulen umsetzen. Und zusätzlich haben sie jetzt auch noch Aufgaben des Sozialministeriums übernehmen müssen und begleiten und dokumentieren die Corona-Tests von über einer Million Schülerinnen und Schüler der allgemeinbildenden Schulen im Land.

Dies alles leisten sie unter dem weiterhin bestehenden Lehrkräftemangel. Und als Sahnehäubchen oben drauf, müssen sie sich auch noch mit wütenden Eltern auseinandersetzen. Eltern, die es nicht wahrhaben wollen, dass ihr Kind schon wieder in den Fernunterricht muss, oder dass ihr Kind in der Schule eine Maske tragen und sich testen lassen muss.

Wir müssen nun dringend schauen, dass wir die Lehrerinnen und Lehrer auch wieder ein Stück weit entlasten. Eine zumindest temporäre Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung wäre mehr als angezeigt, zumal viel Zeit für Gespräche mit Schülerinnen, Schülern und Eltern benötigt wird.

Neben der hohen Arbeitsbelastung beschreiben die befragten Lehrkräfte **die Auswirkungen der Schulschließungen als die zweite große Herausforderung**. 17 Prozent der Lehrkräfte nennen den Distanzunterricht und das Homeschooling allgemein als großes Problem. Besonders problematisch betrachten sie dabei

- die geringe Motivation der Schülerinnen und Schüler im Distanzunterricht,
- den fehlenden Kontakt der Lehrkräfte zu den Schülerinnen und Schülern,
- die Schwierigkeit der Leistungsbewertung,
- die entstehenden Lernrückstände sowie
- die emotionale Belastung der Schülerinnen und Schüler durch den fehlenden Kontakt untereinander.

Hier zeigt sich deutlich, dass der Fernunterricht trotz aller Anstrengungen die Qualität des Präsenzunterrichts nicht erreichen kann. Um die Schülerinnen und Schüler wieder auffangen zu können, benötigen wir langfristige Konzepte, die nicht nur auf die

Lernrückstände abzielen, sondern ebenso die soziale und emotionale Komponente berücksichtigen.

**Der dritte große Problemkomplex** neben der Arbeitsbelastung und den Auswirkungen der Schulschließungen **betrifft die Digitalisierung** und die vielerorts immer noch unzureichende technische Ausstattung. Rund 20 Prozent der Befragten nennen die fehlenden digitalen Endgeräte der Lehrkräfte als eines der aktuell größten Probleme. Jeweils etwa zehn Prozent der Befragten benennen zudem technische Probleme wie schlechtes Internet und dass digitale Lösungen nur schlecht beziehungsweise gar nicht funktionieren.

Die aktuelle Krise hat uns die Probleme bei der Digitalisierung der Schulen deutlich vor Augen geführt. Sie hat aber auch dafür gesorgt, dass der Ausbau der Digitalisierung mit großer Kraft vorangetrieben wurde. Entscheidend ist nun die Verstetigung über das Ende der aktuellen Förderprogramme hinaus. Die Schulen benötigen in der jetzigen Situation vor allem Planungssicherheit. Äußerst kontraproduktiv ist es da natürlich, dass rund 2.000 Schulen mitten in der Corona-Pandemie und bei Fernunterricht das landeseigene Hochschulnetz Belwü verlassen müssen. Das Land muss nun dringend sicherstellen, dass die Aufgaben von Belwü, welche die Schulen betreffen, von landeseigenen Institutionen übernommen werden können.

Insgesamt sind die aktuellen Herausforderungen an den Schulen gewaltig: Die hohe Arbeitsbelastung, die Auswirkungen der Schulschließungen und die Digitalisierung sind Problemfelder, die uns noch lange beanspruchen werden. Wir haben bereits anklingen lassen, dass die Lehrkräfte und Schulleitungen neben all diesen Problemen zusätzlich noch in Konfliktsituationen geraten, wenn sie die angeordneten Corona-Maßnahmen an ihrer Schule durchsetzen. Im zweiten Teil unserer Umfrage haben wir in diesem Zusammenhang die psychische und körperliche Gewalt gegen Lehrkräfte erfasst.

### Direkte psychische Gewalt

Der erste Fragenblock dieses Teils befasst sich mit Fällen psychischer Gewalt in direkter körperlicher Begegnung. 17 Prozent der Befragten berichten, dass es an ihrer Schule bereits Fälle gab, bei denen Lehrkräfte oder die Schulleitung bei der Durchsetzung von Corona-Schutzmaßnahmen beschimpft, bedroht, beleidigt, gemobbt oder belästigt wurden.

Die Urheber dieser Angriffe sind in erster Linie die Eltern: 92 Prozent der Lehrkräfte, die von solchen Übergriffen berichten, sagen dass diese von Eltern ausgingen. 18 Prozent nennen auch andere Erwachsene als Täter, nämlich Personen, die sich in Organisationen engagieren, die sich gegen die ergriffenen Corona-Schutzmaßnahmen aussprechen. 30 Prozent geben außerdem an, dass Angriffe von Schülerinnen und Schülern ausgingen.

Was wir in unseren bisherigen Umfragen zur Gewalt gegen Lehrkräfte, die wir seit 2016 regelmäßig erheben, insgesamt an den Schulen beobachten können, ist eine zunehmende sprachliche Verrohung gepaart mit einer immer niedrigeren Hemmschwelle, Lehrerinnen und Lehrer verbal zu diffamieren. Neu ist, dass die Diffamierungen nun im Zusammenhang mit der Durchführung von Corona-Schutzmaßnahmen hauptsächlich von den Eltern ausgehen.

Wir haben eingangs ausgeführt, dass die Corona-Krise Teile unserer Gesellschaft spaltet. Ein Teil der Bevölkerung lehnt die Corona-Schutzmaßnahmen verbissen ab. Diese Gruppe scheut auch nicht davor zurück, ihren Unmut in die Schulen hineinzutragen und an den Lehrkräften auszulassen. Was diese Personen völlig ausblenden, ist die Tatsache, dass die Lehrkräfte lediglich ihre Dienstpflicht erfüllen und die Anordnungen des Landes umsetzen!

Konflikte entstehen allerdings nicht ausschließlich mit Gegnern der Corona-Schutzmaßnahmen. Zu Konfliktsituationen kommt es zum Beispiel auch mit Eltern, die eine Testpflicht zwar grundsätzlich befürworten, ihr Kind aber gerne zuhause testen würden. Diese Eltern können es dann nicht nachvollziehen, wenn die Leitung der Grundschule ihres Kindes auf einen Selbsttest in der Schule besteht. Und schon gar nicht können sie es nachvollziehen, dass die benachbarte Grundschule es genau andersrum regelt und die Kinder sich hier zuhause testen müssen.

An diesem Beispiel zeigt sich, dass die von der Politik verursachten Unklarheiten direkt zu Konflikten an den Schulen führt. Nicht nur, dass die Regelungen für den Schulbetrieb alle paar Wochen komplett auf den Kopf gestellt werden. Mitunter sind die Verordnungen und Schreiben des Landes und des Kultusministeriums schwammig und unsauber formuliert, so dass sie von den Schulen ganz unterschiedlich interpretiert und umgesetzt werden. Für viele Eltern ist das dabei herauskommende Regelungschaos komplett unverständlich.

Psychische Gewalt über das Internet

Neben den direkten psychischen Attacken haben wir auch das Cybermobbing, also die Diffamierung, Belästigung, Bedrohung oder Nötigung über das Internet abgefragt. 22 Prozent der Lehrkräfte berichten, dass es diese Form der Gewalt im Zusammenhang mit der Durchsetzung von Corona-Schutzmaßnahmen an ihrer Schule gegeben hat. Jede zehnte Lehrkraft sagt, selbst das Opfer eines solchen Angriffes gewesen zu sein.

Auch hier geht der Großteil der Angriffe von den Eltern aus. Gleichzeitig steigt der Anteil der Attacken von Erwachsenen, die gar keine Kinder in der betreffenden Schule haben, sprunghaft an. Es sind Kritikerinnen und Kritiker der staatlichen Hygienemaßnahmen, die immer wieder ganz gezielt Schulen in den Fokus nehmen. Mit juristischen Drohbriefen und Anfeindungen versuchen sie, Lehrkräfte wie Schulleitungen massiv unter Druck zu setzen und einzuschüchtern. Der Grundton dieser Schreiben und E-Mails ist oft nicht nur sehr aggressiv. Es werden Ultimaten ausgesprochen, es fallen Worte wie „Haftungsentschädigung“ und den Lehrkräften wird „Kindeswohlgefährdung“ vorgeworfen. Auch dies ist eine Form von Cybermobbing.

Angriffe über das Internet finden aber nicht nur von Eltern oder anderen Erwachsenen statt. 15 Prozent der Befragten sagen, dass die Angriffe von Schülerinnen und Schülern ausgingen. Das Internet scheint hier die Hemmschwelle zur Grenzübertretung zu senken. Dabei gibt es einen fließenden Übergang von Spaß oder Neckereien zur Gewaltausübung. Mit Aussagen wie "Das war doch nicht ernst gemeint, das war nur Spaß" verdeutlichen junge Menschen, dass ihnen häufig die erforderliche Sensibilität für ihr eigenes Handeln fehlt. Was wir an den Schulen daher dringend zur Prävention gegen Cybermobbing benötigen, ist die Vermittlung von Medienkompetenz. Dies gilt umso mehr, je stärker der Digitalunterricht an den Schulen Einzug hält.

### Körperliche Gewalt

Wir haben die Lehrerinnen und Lehrer abschließend nach Fällen von körperlicher Gewalt gefragt. Auch weil es in Folge der Schulschließungen nur eingeschränkt Präsenzunterricht gegeben hat, gab es zumindest nicht so viele Gelegenheiten, die bestehenden Konflikte um die Corona-Maßnahmen auch körperlich an der Schule auszutragen. Zwei Prozent der Befragten sagen trotzdem, dass es dazu kam. Wenn Sie das hochrechnen, heißt das immer noch, dass es innerhalb der letzten Monate an 70 der 3.500 allgemeinbildenden Schulen in Baden-Württemberg zu körperlichen Angriffen gegen Lehrkräfte oder die

Schulleitung kam. Jeder dieser Angriffe kann massive psychische Folgen für das Opfer haben kann.

## Fazit

Die gesellschaftliche Kontroverse um die Corona-Schutzmaßnahmen wird auch an den Schulen verhandelt und teilweise sogar gezielt in sie hereingetragen. Hauptsächlich sind es die Eltern, von denen hierbei psychische Angriffe gegen Lehrkräfte und Schulleitungen ausgehen. Ich will an dieser Stelle jedoch klarstellen, dass wir mit unserer Studie kein Eltern-Bashing betreiben wollen! Es sind auch die Unsicherheit über die Betreuung und die unterschiedlichen Regelungen, welche die Politik ausgegeben hat, die zu einer konfliktgeladenen Situation beitragen. Die entstehenden Unsicherheiten werden dann an der Schule verhandelt und nicht mit den politischen Verantwortlichen!

Was jedoch überhaupt nicht angehen kann, ist, dass ohnehin hochbelastete und am Anschlag agierende Lehrkräfte zusätzlich noch beleidigt und juristisch angefeindet werden, nur weil sie ihre Dienstpflicht erfüllen und die Anordnungen des Landes umsetzen. Und schon gar nicht kann es angehen, dass externe Organisationen gezielt Schulen angreifen, um ihre politischen Positionen durchzusetzen.

## Forderungen

1. Das Land muss als Dienstherr seiner Fürsorgepflicht nachkommen.  
Bei Vorfällen von Gewalt im Zusammenhang mit der Durchsetzung von Corona-Schutzmaßnahmen müssen Lehrkräfte und Schulleitungen die volle Unterstützung des Dienstherrn erhalten. Der Dienstherr muss mit einer klaren und konsequenten Haltung demonstrieren, dass diese Gewalt gegen Lehrkräfte nicht geduldet wird.
2. Bessere Unterstützung der Schulen durch multiprofessionelle Teams, insbesondere durch psychologisch geschulte Fachkräfte und Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter als vorbeugende Maßnahme.
3. Vermittlung von Medienkompetenz an den Schulen als Prävention gegen Cybermobbing.
4. Das Thema Gewalt gegen Lehrkräfte muss in allen drei Phasen der Lehrerbildung Berücksichtigung finden. Im Studium, im Referendariat und durch Fortbildungen müssen Schulleitungen und Lehrkräfte zum Umgang mit Gewaltvorfällen befähigt werden, sodass sie auch in diesen Extremsituationen handlungsfähig bleiben.
5. Im Fall von Gewalt gegen Lehrkräfte müssen Lehrerinnen und Lehrer bei Bedarf psychologische Unterstützung erhalten. Schulleitungen sind bisher nicht dazu

ausgebildet, psychologisch unterstützend für Lehrkräfte zu wirken. Das Land ist gefordert, den Zugang zur schulpsychologischen Beratung und Betreuung zu vereinfachen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!